

Presseinformation

Infrastruktur zur Energietransformation mit Wasserstoff schnell auf den Weg bringen

Sondervermögen der neuen Bundesregierung: Ein Zehntel bringt die klimaneutrale Energiewende entscheidend voran

Berlin, 23. April 2025 – Die neue Bundesregierung steht vor der enormen Herausforderung, die Energieversorgung in Deutschland sicher, bezahlbar und perspektivisch klimaneutral zu gestalten. Dem Einsatz von Wasserstoff kommt hierbei eine zentrale Rolle zu, da sich die Energieversorgung auch zukünftig nur mit Molekülen und Elektronen – also grünen Gasen und Strom – sicherstellen lässt. „Entscheidend ist es, die Klimaneutralität und Defossilisierung im Energiesektor zu erreichen und den dafür unverzichtbaren Wasserstoffhochlauf zu forcieren. Flankiert von einem Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro für die kommenden Jahre sind die Voraussetzungen für Union und SPD gegeben“, so Prof. Dr. Gerald Linke, Vorstandsvorsitzender des DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.

Wasserstoff-Infrastruktur kostet maximal 50 Milliarden Euro zusätzlich zum bereits beschlossenen und 20 Milliarden Euro teuren H₂-Kernnetz

Da die Infrastruktur zur Energietransformation mit Wasserstoff insgesamt mit maximal 50 Milliarden Euro Aufwendungen nur rund ein Zehntel des Sondervermögens in Anspruch nimmt, läge eine schnelle Umsetzung der geplanten Maßnahmen auf der Hand. Im Einzelnen schlüsseln sich die Aufwendungen nach Einschätzung des DVGW wie folgt auf: 20 Milliarden Euro für H₂-Ready-Kraftwerke, 15 Milliarden Euro für H₂-Speicher, 5 Milliarden Euro für die Verteilnetze und 10 Milliarden Euro für weitere netzverstärkende Maßnahmen. „Dieser im Verhältnis geringe

Anteil an einem insgesamt enormen Investitionsumfang muss für die Politik ein starker Anreiz sein, den CO₂-Ausstoß in unserem Land zu reduzieren, indem sie konsequent auf Wasserstoff setzt. Mit nur einem Zehntel des Sondervermögens der neuen Bundesregierung kann die klimaneutrale Energiewende entscheidend vorangebracht werden“, stellt Linke fest.

Technologieoffenheit statt bisheriges Gebäudeenergiegesetz

Mit Blick auf den Koalitionsvertrag lobt der DVGW-Vorstandschef, dass Gasnetze erhalten bleiben sollen, die für eine sichere Wärmeversorgung notwendig sind. Es sei zudem richtig, das Gebäudeenergiegesetz in seiner bisherigen Form abzuschaffen und verstärkt auf Technologieoffenheit sowie auf eine vereinfachte kommunale Wärmeplanung zu setzen, um eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu gewährleisten. Der Wärmemarkt ist für die Erreichung der Klimaziele deshalb so relevant, da rund 53 Prozent des Energieverbrauchs hierzulande auf diesen Sektor entfallen. Der Betrieb aller Heizungsanlagen in Deutschland verursacht aktuell rund 90 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Dies entspricht 10 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland.

Klares Bekenntnis zu H2-Ready-Kraftwerken

Positiv bewertet der DVGW die Regierungspläne, den bedarfsgerechten Erhalt, Um- und Ausbau der Gasinfrastruktur in den Mittelpunkt der Energiepolitik zu stellen und in diesem Zusammenhang auch Wasserstoff-Speicher auszubauen zu wollen. Auch der Bau von 20 Gigawatt Gaskraftwerksleistung, mithin eine Verdopplung im Vergleich zu bisherigen Planungen, stößt auf die Zustimmung des DVGW. Bei allen Bemühungen kommt es aber insgesamt darauf an, Investitionen langfristig zu ermöglichen, etwa bei der beabsichtigten KWKG-Novellierung (Kraft-Wärme-Kopplung) noch in diesem Jahr –inklusive Technologieoffenheit und Anpassung an den Kapazitätsmechanismus. Hier ist es nach Auffassung des DVGW wesentlich, Förderungen über 2026 zu verlängern.

Grundsätzlich lässt sich im Koalitionsvertrag erkennen, dass Genehmigungsverfahren beschleunigt und digitalisiert, die Entbürokratisierung auf deutscher und EU-Ebene vorangetrieben und europäische Energiepartnerschaften forciert werden sollen. Bemühungen, die in diese Richtung gehen, sind anzuerkennen, wenn sie priorisiert umgesetzt werden.

Bundeshaushalt 2025 bald verabschieden

Eine deutliche Forderung des DVGW zielt auf die unklare Finanzierung der im Koalitionsvertrag genannten Maßnahmen ab, zumal wenn diese unter Haushaltsvorbehalt stehen. „Es ist wichtig, den Haushalt 2025 wie vom zukünftigen Bundeskanzler angekündigt, noch vor der Sommerpause zu verabschieden, um wichtige und dringende Investitionen in die Energiewende und den Hochlauf Neuer Gase zeitnah realisieren zu können. Die neue Bundesregierung könnte damit einen ersten Beweis für ein neues `Deutschlandtempo´ antreten“, sagt Linke.

Kontakt:

DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

presse@dvgw.de
www.dvgw.de

Hauptgeschäftsstelle
Josef-Wirmer-Straße 1-3, 53123 Bonn

Büro Berlin
Robert-Koch-Platz 4, 10115 Berlin

Lars Wagner
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit /
Pressesprecher
Telefon: (030) 79 47 36 – 64

Sabine Wächter
Pressesprecherin
Telefon: (0228) 91 88 - 609

Der **DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.** fördert das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz. Mit seinen rund 14.000 Mitgliedern erarbeitet der DVGW die allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser. Klimaneutrale Gase und insbesondere der Zukunftenergieträger Wasserstoff sind in der Arbeit des DVGW von besonderer Bedeutung. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. Der DVGW ist wirtschaftlich unabhängig und politisch neutral. Mit neun Landesgruppen und 62 Bezirksgruppen agiert der DVGW auf lokaler sowie überregionaler Ebene und ist in der ganzen Bundesrepublik vertreten. Themen mit bundesweiter oder europäischer Dimension werden durch die Hauptgeschäftsstelle in Bonn mit Büros in Berlin und Brüssel abgedeckt.